

Sohrauer Stadtblatt.

Antliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau O.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Erstausgabe
Wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich am Orte 1.80 Mk., bei allen Postanstalten 2.10 Mk.

Druck und Verlag von
P. Hunold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau O.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Anzeigenpreis:
für die einpaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf.
Interim-Annahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 82.

Verstärkt Nr. 82

Sonnabend, den 11. Oktober 1919.

Verstärkt Nr. 82

41. Jahrg.

Das Friedensglück.

Wäre alles gekommen, wie Wilson es sich gedacht hatte, dann hätte die Welt den Frieden vielleicht als ein Glück empfunden. Aber Wilson hat in Paris seine Ideale begraben, ließ sich von Clemenceau und Lloyd George einen anderen Friedensbegriff beibringen und half einen Frieden des Hoffes schaffen, einen Frieden, der der Welt niemals Ruhe und Ordnung geben kann. Die Folgen dieses Friedens zeigen sich bereits: Einmal waren es die Schwierigkeiten, die sich bei der Ratifikation des Vertrages von Versailles sowohl in London, in Paris, wie in Rom zeigten. Hier zeigte man mit dem Besten menschliches Mitleiden und war offenherzig genug, Milderungen im Vertrag zu wünschen, dort verlangte man mehr, glaube den führenden Männern den Vorwurf machen zu können, daß sie die Interessen der Sieger nicht genug berücksichtigt hätten. Dann tauchte plötzlich der Kampf des amerikanischen Senats gegen Wilson auf. Man zeigte Neigung, den Frieden über den Haufen zu rennen. Die Opposition gegen Wilson hatte solchen Umfang und solche Schärfe angenommen, daß Wilson darob krank wurde. Ein bitteres Friedensglück! Der Mann, der die Welt glücklich machen wollte, mußte jetzt einsehen, daß er eine Welt und sogar eine Amerikaner gegen sich aufgerufen hat. Wilson soll einen Nervenzusammenbruch haben. Das kann man verstehen. Er fiel aus allen Himmeln, suchte zwar immer noch (bedrängt von allen Seiten) sich zu verteidigen und zu beweisen, daß er von seinen Ideen nicht abgewichen und den Weltfrieden geschaffen habe, aber der Versuch ist erfolglos geblieben. Er mußte einsehen, daß er sich gründlich verkannt hatte. Und da versagen ganz plötzlich die Nerven des Mannes, der sich stark genug fühlte, dieses irdische Jammerthal in ein Paradies zu verwandeln.

Durch allerlei Zwischenfälle ist der Beginn des Friedens wirklich weit in die Länge gezogen. Nun aber haben die Ententemächte, England, Frankreich und Italien versucht, den endgültigen Frieden zu schaffen. Um ihn offiziell werden zu lassen, müssen mindestens drei Großmächte ihn ratifiziert haben. England ist soweit. Die französische Kammer hat die Ratifizierung beschlossen. Die Zustimmung des Senats ist in diesen Tagen zu erwarten, und da die italienische Kammer aufgelöst wurde, so hat der König mit hoheitsvoller Geste für die Kammer gehandelt und den Frieden für Italien als gültig erklärt. Nicht wenig hat an dieser Eile in späten Tagen die Haltung des amerikanischen Senats beigetragen, die auf die Haltung der Verbündeten großen Einfluß ausübte. Deshalb wurden die drei Regierungen rübrig und priesen den Frieden als den Segen der Welt. Sie mußten und wollten gemeinsam den Frieden unter Dach und Fach haben, um nicht durch Amerika gezwungen werden zu können, sich noch einmal zu neuen Friedensberatungen zusammenfinden zu müssen. Inzwischen: das kann immer noch der Fall sein, wenn auch der Kreis der Beratenden kleiner ausschaut. Sollte Amerika den Frieden ablehnen, sollte der Senat Änderungen wünschen, so wirkt er die Grundlagen von Versailles und muß neue Verhandlungen zwischen Amerika und Deutschland beginnen. Wir werden dann, da die übrigen drei Großmächte den Friedensvertrag anerkennen haben, das Schauspiel erleben, daß wir zwei Friedensverträge mit unseren früheren Gegnern schließen, etwas, was diese Jahre lang in enger Vertikung zu verhindern suchten.

Reichskanzler Bauer über das Regierungsprogramm.

Berlin, 7. Oktober. In der heutigen

Sitzung der Nationalversammlung hielt Reichskanzler Bauer eine längere Rede über das neue Programm der Regierung, in der er u. a. ausführte:

Das neue Reichskabinet unter Hinzutritt der Demokraten repräsentierte die große Mehrheit des Hauses und damit des deutschen Volkes. Ob diese Mehrheit im Hause und in der Regierung bleiben werde, das werden die nächsten Wahlen zeigen. Der umfangreiche Arbeitsstoff, den die alte Nationalversammlung aber noch zu erledigen habe, bringe es mit sich, daß diese Wahlen nicht vor dem nächsten Frühjahr angesetzt werden könnten. Das alte Programm des Kabinetts sei auch nach Eintritt der demokratischen Minister in die Regierung das gleiche geblieben. Der Reichskanzler betonte dann, daß seines Erachtens jetzt wieder ein Zug der Arbeit durch das deutsche Volk gehe. Wenn wir auch noch nicht über den Berg hinweg seien und auch noch viel gestreift werde, so sei doch eine wesentliche Besserung in dieser Hinsicht für die Zukunft zu hoffen. Es gelte, in allen Schichten unseres Volkes ohne Ansehen der Person jede moralische Entartung mit allem Nachdruck zu bekämpfen. Wegen die Korruption innerhalb des Beamtenstandes sei die Regierung verpflichtet, aufs schärfste einzuschreiten. Die Winterarbeit der Nationalversammlung und die der Regierung gelte dem Rechte der „wirtschaftlich Schwächeren“, vor allem dem Rechte der deutschen Arbeiter. Nach dem soeben eingebrachten Gesetz über die Betriebsräte solle ein Gesetzentwurf über die Wirtschaftsräte sobald als möglich vorgelegt werden. Die Wahlen zu den Betriebsräten sollten möglichst zeitig, vielleicht schon zu Anfang des kommenden Jahres, stattfinden. Das Schlichtungswesen müsse einer Neuordnung unterworfen werden. Besondere Fürsorge wolle die Regierung den Kriegsbeschädigten angedeihen lassen, für die sie einen Einstellungszwang für die Unternehmer vorbereite. Auch an einer Besserung der Militärrentenversorgung solle gearbeitet werden. Ein Reichsheimstättengesetz und ein Arbeitszeitgesetz, das den Achtstundentag allgemein festlegen soll, seien in Vorbereitung, ferner ein Gesetz über eine Reichsarbeitslosenversicherung. Die Arbeit in den Eisenbahnwerkstätten müsse gesteigert werden. Es gelte, ein soziales Programm aufzustellen, welches das ganze deutsche Volk erfüllt und unbesiegbaren Willen zu freiblichem Aufstieg.

Die Organisation unserer Reichswehr sei kein Gegenbeweis für unsern ersten Friedenswillen. Viele Personen des alten Systems hätten hier notgedrungen übernommen werden müssen. Es sei aber Vorsorge getroffen, einen „Mißbrauch der Reichswehr zu monarchischen Zwecken“ zu verhindern. Die Regierung wolle weder eine weiße noch eine rote Garde. Ihr Ziel sei eine Volkswehr. Es ist das Bestreben der Regierung, den Friedensvertrag mit allen Mitteln loyal zu erfüllen. Das habe sie auch in ihrer Haltung in der Baltikumfrage bewiesen. Die Regierung habe in dieser Hinsicht alle zur Verfügung stehenden Machtmittel eingesetzt.

Den Kampfruf der deutschnationalen Presse aus den letzten Tagen bezichnet der Reichskanzler als „hystrisches Revanegeschrei“ und „gefährlichen Wahnwitz“. Einen Statthalter der Entente und Landvogt der Alliierten nennen nicht diese Herren, oder, wie ein ehrenwertes Mitglied dieses hohen Hauses, „Verbrechergesinde“. Wir dulden nicht, daß solche Schmierfinken das deutsche Volk in neue Fährnisse bringen. Wer sich zu diesen Artikelschreibern und vor sie stellt, der ist für uns ein Feind des Vaterlandes.

Der Frieden mit Japan.

Verailles, 7. Oktober. Nach einer

Meldung aus Tokio, die der *Clair* veröffentlicht, wird der Mikado den Friedensvertrag am 17. Oktober ratifizieren.

Die Ratifikation des Friedens am 25. Oktober.

Genf, 8. Oktober. Nach einem Beschluß des Rates der Verbündeten wird die Rechtsgültigkeit des Friedens mit Deutschland am 25. Oktober eintreten. Die erforderlichen Ratifikationen werden bis dahin vollzogen vorliegen.

Ein Attentat auf den Unabhängigen Abgeordneten Haase.

Berlin, 8. Oktober. Wenige Minuten nach 1 Uhr gab heute vor dem Reichstagsgebäude ein Zivilist 6 Schüsse auf den das Gebäude betretenden Abgeordneten Haase (unabhängig) ab. Abgeordneter Haase ist im Unterarm, am Oberschenkel und am Unterarm getroffen worden. Der Täter wurde von der Polizei verhaftet und in das Reichstagsgebäude gebracht. Ueber seine Persönlichkeit hebt noch nichts fest, außer, daß es sich um einen Oesterreicher handelt.

Berlin, 8. Oktober. Der Zivilist, der die Revolverschüsse auf Haase abgegeben hat, erklärte, er sei der Wiener Lederarbeiter Johann Boß und 51 Jahre alt. Ueber die Beweggründe sprach er sich nicht aus.

Berlin, 8. Oktober. Der Lederarbeiter Johann Boß macht dem Eindruck eines geistig Minderwertigen. Er gab bei seiner Vernehmung an, daß gegen ihn ein Prozeß wegen Erpressung Schwabe und Haase als gegnerischer Rechtsanwalt so scharf gegen ihn auftrat, daß er sich vornahm, ihm einen Denktettel zu verabsorgen. Zu diesem Zweck versuchte er schon seit mehreren Tagen, mit Haase zusammenzutreffen. Erst heute ist ihm gelungen, ihn vor dem Reichstagsgebäude zu stellen. Ein politisches Motiv liegt also dem Attentat nicht zugrunde.

Berlin, 9. Oktober. Das Befinden des Abgeordneten Haase war heute früh ein so befriedigendes, daß Herr Haase voraussichtlich schon am Montag oder Dienstag wieder an den Sitzungen der Nationalversammlung teilnehmen kann.

von der Goltz kehrt heim.

Berlin, 8. Oktober. Graf „B. B.“ am Mittag“ ist Graf von der Goltz gestern endgültig aus dem Baltikum nach Deutschland abgereist.

Rotterdam, 9. Oktober. „Daily Mail“ veröffentlicht ein Alger Telegamm, wonach 14000 der im Baltikum stehenden deutschen Truppen die Rückkehr nach Deutschland auf das bestimmteste ablehnen. Die widerpenstigen Truppenverbände treffen alle Anstalten, um im Baltikum Winterquartiere zu beziehen.

Kopenhagen, 8. Oktober. Die Petersburger Telegraphen Agentur meldet am Dienstag den Uebertritt von 8000 Mann Truppen der eisernen Division zu den Russen.

Seinleher aus französischer Gefangenschaft?

Genf, 8. Oktober. Das rote Kreuz in Genf teilt mit, daß die allgemeinen deutschen Kriegsgefangenentransporte aus Frankreich nach Mitteilungen der französischen Regierung zwischen dem 27. Oktober und 2. November beginnen sollen. Es seien 432000 Gefangene beimgebehalten.

Keine Auslieferung des Kaisers?

Verailles, 7. Oktober. Die Pariser Morgenpresse veröffentlicht eine Depesche aus Washington, die meldet, England, Frankreich und Belgien hätten nunmehr der Friedenskonferenz die Bitte der Deutschen übermittelt, die nach den Bestimmungen des Friedensvertrages wegen Vergehens gegen das Völkerrecht oder

das Kriegswort ausgeliefert werden sollen. Kaiser Wilhelm sehe nicht auf der Liste.

Eine Regierungskrise in Bulgarien.

Bersailles, 8. Oktober. Nach einer Weidung aus Sofia hat das Kabinett Theodorow demissioniert. Der Führer der Opposition, der bulgarische Friedensdelegation in Paris angehört, Stambouli, ist mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt worden.

Das Verfahren gegen Helfferich.

Berlin, 8. Oktober. Die „Kreuzzeitung“ meldet: Staatsminister Helfferich hat am 7. Oktober von der Staatsanwaltschaft eine Vorladung für den 10. Oktober in dem auf den Strafaufrag des Reichsfinanzministers Erzberger eingeleiteten Ermittlungsverfahren erhalten.

Auf Deutschlands Kosten.

Deutschland hat für die Ententebelagungs-truppen im Rheinland bisher 992 Millionen Mark bezahlt.

Lenin verhaftet Trozki. — Trozki verhaftet Lenin.

Aus Moskau wird gemeldet: Es heißt, daß Lenin befohlen hat, Trozki zu verhaften. Das Ergebnis sei aber gewesen, daß es Trozki gelang, die Oberhand zu gewinnen, worauf er Lenin festnehmen ließ.

Oberschlesien.

Die Besetzung im November?

Berlin, 9. November. Die militärische Besetzung Oberschlesiens durch die Entente steht nunmehr, wie ein Korrespondent erfährt, für November zu erwarten. Es werden dazu zwei englische und zwei französische Infanterieregimenter verwendet werden.

Der Terror in Oberschlesien.

Die Pressestelle des Reichs- und Staatskommissars für Schlesien und Westfalen meldet: Auf Dönermarkstraße in Chwalowitz, Kreis Rybnitz, haben 10 Häuser geklingelt, um nach Westfalen und dem Rheinland abzuwandern. Nach dem Grunde des Wegganges befragt, haben sie in einer handschriftlich vollzogenen Erklärung angegeben, daß sie nicht infolge von Anwerbung weggehen, sondern sie sich infolge des Terrors ihrer polnischen Mitarbeiter nicht mehr ihres Lebens sicher fühlen.

Die Erklärung der folgenden Wortlaut:

„Wir erklären hiermit, daß wir nicht infolge Anwerbung weggehen, sondern weil wir infolge der Stillehalten und Belästigungen von polnischen Mitarbeitern aus hier nicht mehr wohl und sicher fühlen. Es wird vor uns ausgespielt und uns nachgespielt, so daß wir, um den Belästigungen zu entgehen, uns nicht allein auf der Straße zeigen können.“

Die Drohung des Abgeordneten Korfanty.

Oppeln, 9. Oktober. Die in Oppeln erscheinenden „Nowiny“ (Nachrichten) geben an auffälliger Stelle die Erklärung wieder, die Korfanty, dem „Tempo“ zufolge, in der ober-schlesischen Frage dem General Dupont gegenüber abgegeben haben will, mit der Drohung: „Ich habe den General Dupont für zwei höchstens drei Wochen für Oberschlesien Ruhe versprochen. Nach diesem Termin muß die militärische Okkupation der Entente vollendet sein, sonst stehen wir für nichts.“

Aus dem „Gornolajot“ vom 7. Oktober ist zu entnehmen, daß polnischerseits auf die Entente in der Richtung gedrängt wird, daß sie die auf den 9. November angeführten Gemeinbewachen unterlasse. Die Parole der Wahlenthaltung ist durch folgende neue ersetzt worden: „Die Polen müssen sich jedenfalls daran beteiligen, denn es handle sich um die polnische Ehre und sie erhoffen von vornherein den Sieg.“

Gegen die Sozialistenhebe in Posen wendet sich die Rattowitzer „Gazeta Robotnicza“. Aus ihren Worten spricht das Gefühl, daß in der ober-schlesischen Arbeiterchaft die Erkenntnis im Wachen ist, wie schlecht ihre mühsam erworbenen Rechte im neuen Polen gesichert sind. Die Zeitung schließt mit den Worten: „Die Politik der polnischen Satrapen ist angelehnt der Abstimmung in Oberschlesien ein Verbrechen. Sie kann der polnischen Sache einen großen Schaden zufügen, Oberschlesien ist nicht Polen.“

Polales u. Provinzielles.

Sobrau O.C., den 10. Oktober 1919.

(Wahllisten nachsehen!) Die Wahl-listen liegen nun noch bis einschließlich Sonntag den 12. d. M. (Sonntag von 10—12 Uhr vormittags), sonst während der Dienststunden im Rathaus (Stadt-Sekretariat, Zimmer 3) aus. Die Festnahme der Wahllisten kann nicht einbringlich genug empfohlen werden. Von der Eintragung in die Wahlliste hängt die Berechtigung zur Wahl ab. Wer nicht eingetragen ist, darf nicht wählen! Man kon-

trolliere auch für die Hausgenossen und Nachbarn, die keine Zeit dazu haben.

(Wer ist wahlberechtigt?) Wahl-berechtigt (also wägen aufzunehmen in die Wählerlisten) sind alle diejenigen Personen, welche bis zum letzten Tage der Auslegungssfrist (d. h. am 12. Oktober d. J.) das 20. Lebensjahr vollendet haben. Der 6 monatige Wohnsitz am Orte ist Voraussetzung für Wahlberechtigung.

(Trauerfeier.) Unter großer Anteilnahme ist heute vormittags Herr Oberpostschaffner Andreas Weiskmann zur letzten Ruhe gebettet worden. Im Beisein der Kreigerberein, Männer-Gesangvereine, des Postvereins, darunter Kollegen aus der Umgebung, sowie eine große Zahl von Beistützenden. In der Beerdigung stand ein Trauergottesdienst statt. Am Grabe sprach Herr Kaplan Hoppo. Anknüpfend an den Singspruch: „Ich habe den guten Kampf gekämpft, meinen Lauf vollendet, den Glauben bewahrt“ schloß er die Beerdigung den Bestrebenden als pflichttreuen Beamten, braven Bürger, treuen Christen und sorgenden Väter ab. Der Post-Gärtnerverein und der Männer-Gesangverein beschickten die Feyer im Trauerhause und am Grabe durch erhebende Trauergedänge.

(Der Magistrat) hat in seiner heutigen Sitzung mehrere wichtige Beschlüsse gefaßt. U. a. wurde die Beschaffungsbefugnis für die Stadt. Beamten nach den vom Staate festgesetzten Sätzen bewilligt, ferner fürs Krebsheim in Rybnitz 600 M. Die Beschaffungsbefugnisse sind auch von vielen anderen Kommunen bereits bewilligt worden und steht zu erwarten, daß die Stadtverordneten diesem Beispiel folgen werden, zumal die Beamten infolge der herrschenden Teuerung sich tatsächlich in einer Notlage befinden. — Der Antrag auf Errichtung eines eigenen Arbeitsamtes hier selbst soll beim Kreisamt beantragt werden. Infolge der Wohnungsnot ist die Schaffung eines Arbeitsamtes am Orte dringend notwendig.

(Das Sobrauer Lichtspielhaus, welches bisher im Brauerischen (Brauerei) Saale untergebracht war, wird demnächst seine Pforten im Kurlichen Hause am Ringe (neben Zweig's Hotel) eröffnen. Der Besitzer des Hauses, Herr Kaufmann Elias, wird daselbst der Neuzeit entsprechende Einrichtungen. Sitzgelegenheit wird für etwa 150 Personen geschaffen. Die Eröffnungsvorstellung findet voraussichtlich am Sonntag den 19. Oktober statt.

(Theater in Sobrau) Am Mittwoch den 15. d. M. bronchialen Mitglieder des Mädchen-Resistenz-Theaters in Brauerei Saale ein einmaliges Gastspiel. Zur Aufführung kommt ein ganz neues Emotionsstück: „Das Scheitern der roten Laterne“, Sitten-drama in 4 Akten. Dieses Stück hat bei seiner Uraufführung in Berlin durch die großartige Wirkung des hochdramatischen Stoffes, sowie durch die einzelnen humorvollen Szenen für-würdigen Beifall entziffelt. Es behandelt das Thema der Verführung und das spätere Los der Verführten. Wieviel ist über dieses Thema schon geschrieben worden. Billigst gelingt es, diesem Stück, welches mit vollem Recht als „Mahnmal an Frauen und Mütter“ bezeichnet wird, aufstrebend zu wirken. Da die Kräfte des Münchener Residenz-Theaters durchwegs erstklassig sind, kann eine vorzügliche Aufführung verhofft werden. Der Vorbereit in Gundob's Papierhandlung hat bereits begonnen. Nachmittags gelangt für unsere lieben Kleinen das Märchen „Brüderchen und Schwesterchen“ zur Darbietung.

(Oberschlesischer Landbund.) Die Landwirte Oberschlesiens haben sich zum ober-schlesischen Landbund, der seinen Sitz in Gleiwitz hat, zusammengeschlossen. Er bezweckt die Vertretung der Berufsinteressen der ober-schlesischen Landwirte und der verwandten Berufe, ferner Förderung der landwirtschaftlichen Produktion. Er baut sich völlig paritätisch auf: der kleine, mittlere und große Grundbesitz sind in ihm gleichmäßig mit Sitz und Stimme vertreten. Die deutsche und polnische Sprache sind gleich berechtigt. Die politische Betätigung ist ausgeschlossen. Der Landbund sieht sich auf die wirtschaftlichen Verbände der einzelnen Kreise. Bei den besonders schwierigen Verhältnissen in Oberschlesien zeigt der Oberschlesische Landbund einen Weg, wie durch die Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen die politischen Gegensätze und nationalen Differenzen gemildert werden können.

(Eine mittlere Kartoffelernte in Schlesien.) Der Staat der Kartoffeln hat sich in Schlesien, wie üblich, fast im gesamten Reich, fortlaufend während des September-

bestandert, so daß mit einer „guten bis mitt-leren“ Ernte jetzt nicht mehr zu rechnen, sondern etabliert für die Provinz die Ertragsgröße 3 abgesetzt ist. Schuld daran war in erster Linie die Trockenheit, die fast bis zum Ende des Monats anhielt. Sie hat auch teilweise zu einer starken Verspätung geführt und die spätere Sorten brauchen noch Regen. Im allgemeinen kann man feststellen, daß mit diesem Resultat zufrieden sein, und der geschätzte Durchschnittsertrag von 70 Zentnern pro Morgen nicht immer noch ein wenig über dem Durchschnitt bleibt. Auch die Stärke der Früchte kann als befriedigend bezeichnet werden.

(Der Ausfall sämtlicher Schnellzüge im Osten am 12. Oktober.) Die Eisenbahndirektion Breslau teilt mit: Von Sonntag, den 12. Oktober bis einschließlich Sonntag, den 2. November fallen alle Schnellzüge im Ostteil aus. Im ganzen Eisenbahndirektionsbezirk Breslau tritt für denselben Zeitraum wieder die Einschränkung in Kraft, wonach die Reise am Abgangstagen der Fahrt angetreten werden muß. Die durchgehende Güterverkehrs-dauer der Fahrten bleibt bestehen.

(Breslauer Katholikentag.) Vom 19. bis 21. 10. findet in Breslau aus Anlaß des Vorkriegsjubiläums ein Katholikentag unter dem Ehrenvorsitz des Bischofs von Breslau statt. Er wird eingeleitet am Sonntag, 19. Oktober, durch eine öffentliche Versammlung im Schützenwaid, in welcher der Bischof seine Ansprache sprechen wird. An den anderen Tagen finden Konferenzen im Schützenwaid und öffentliche Versammlungen im Schützenwaid statt, in denen religiöse und sozial. Themen erörtert werden.

Rybnitz, 7. Oktober. Die Stadtverordneten bitten Donnerstag eine Tagung ab. Dem Ausschuss Rybnitz und der Kriegsbeschädigten-organisation wurden 2000 Mark bewilligt. Das Wassergeld wurde von 26 auf 36 Pf. pro qm erhöht. Der Verpackung der städtischen Abwässer, die in viermal die Woche der alten Fabrik abgetragen, wurde ausgesetzt. Ein 50 Morgen großes Gelände soll in kleine Parzellen eingeteilt werden. Der Gartenbauverein der Eisenbahner erhielt 25 Morgen Land für 40 Mark pro Morgen für eigene Schreber-gärten zugewiesen. Zwischen dem Malfeld und der Stadt wurde ein Grundstückskaufvertrag geschlossen. Zur Erweiterung des elektrischen Lichtnetzes wurden 20000 Mark bewilligt. Für die Gemeinbewachen wurden die Ausschüsse gebildet. Herr Magister sprach über das Parlament mit freundlichen Worten und gahnte für jetzt und später das Allgemeinwohl der Stadt.

Jastrzemb, 8. Oktober. Im Grenzbezirk nimmt das Häubermesen durch arbeitslos und Grundlos von jetzt an der Grenze wieder zu, so daß die militärische Bewachung verstärkt werden mußte.

Rönigsdorf-Jastrzemb, 8. Oktober. Bei der letzten Wägen-Betriebsleistung am 6. d. M. wurde zum Betrieb der hiesigen Sool- und Moorbad: am 16. Sept. 1916 abgeschlossen wurde, ist Hauptmann a. D. Wilhelm Müller in Berlin als Geschäftsführer bestellt worden. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 20000 Mark.

Sobrau, 8. Oktober. Wegen der Einmischung Vitalians und Rabla wandt sich die Gemeinbewachung und andere Interessierten. Es am Dienstag fand wieder in Rybnitz eine Versammlung statt, die sich mit der Frage beschäftigte, wie man den Ausschluß der Staatsregierung rückgängig machen kann.

Nikolai, 8. Oktober. In der letzten Nacht draußen bewachte Einbrecher in die Postagentur Grabgrube, zerrten die Bitter der Agrar, Gastwirt Schmitz und seine Familie aus den Betten und sperrten sie im Keller ein. Den Einbrechern fielen 400 Mark Postgeld, 2000 Mark Reitgeld und vier etliche 1000 Mark Scheinbänke in die Hände.

Rattowitz, 8. Oktober. Der Arbeiter Paul Michalik in Bauarbeiter hat sich durch Unfall verletzt. Man nimmt an, daß er aus Schwerkraft gehandelt hat, weil ihm vor kurzer Zeit 1500 M. aus seinen Ersparnissen gestohlen worden sind.

Gleiwitz, 8. Oktober. Der Doppelmord bei Gubow am 22. Dezember 1917, dem der Förster Schwert und der Dilligbarum-Dramma zum Opfer fielen, hat vor dem Schwurgericht seine Sühne gefunden. Der Kriegswaldbesitzer wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus, der Arbeiter Wilhelm Horwitz zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die beiden Angeklagten waren coloristische Wildbilde.

Rattow, 8. Oktober. Nach einem Schlag-anfall ist die Frau von Schloß Rattow, die Prinzessin Fauch von Rattow, geb. Gräfin Grimaldi von Gorbun, geb. Gräfin Grimaldi von Gorbun, die hiesigen deutschen Postämter-

Die prächtige Wirkung der Haemacolade

1 Schachtel Haemacolade-Plätzchen (60 Stück Inhalt) Mk. 5.—

äußert sich durch Zunahme des Appetits und Wohlfindens bereits in den ersten Tagen, bei längerem Gebrauch durch ständige Zunahme des Körpergewichts.

in Madrid, Bingen, Mag von Malibor und Sorby gefordert.

Katibor, 7. Oktober. Die Arbeiter Klein und Konekly aus Wolnowitz, die beim Einlaufen des Zuges von Katibor nach Di. Krakau auf Station Studenna aus der Tribüne rannten, wurden infolge eines Zusammenstoßes des Zuges mit einem Bahnhofsrollwagen hingerissen. Die Lohmer unter die Räder und wurden mitten entzweitgeschnitten. Klein ist Vater von 9 Kindern.

Poltschin, 9. Oktober. Über das bedauerliche Mißgeschick eines Kriegsgefangenen wird dem Wanderer gemeldet: Auf der Station Benschau geriet infolge eines Zusammenstoßes Kriegsgefangener unter die Räder des Zuges. Im heftigen Krachstoß wurden ihm die schwerverwundeten beiden Füße amputiert werden.

Kriegsgefangenenheimkehr.

In welcher Weise ist der Empfang anderer aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Brüder organisatorisch vorbereitet worden? Welche Bestimmungen sind getroffen worden, um ihnen beim Betreten des Vaterländischen Bodens das Gefühl zu geben, daß die Heimat, auf die sie Anspruch haben, in so weitgehender Weise, als die Verhältnisse des arm gewordenen Deutschland nur immer gestatten, einigig ihnen wie ein *„Mexiko“* für heimkehrende Kriegsgefangene — anheimlich machen, das vom Kriegsministerium, Vaterlandspartei, und der Reichsregierung für Kriegs- und Zivilgefangene herausgegeben worden ist, ein Bändchen im Umfange von 82 Seiten, das in doppelter Form Anknüpfen auf die für den Heimkehrer wichtigsten Fragen gibt, kommen wir mit nachgehender Orientierung dem berechtigten Interesse aller Soldaten entgegen.

Hat ein Heimkehrer-Transport die deutsche Grenze erreicht, so wird ihm außer von den amtlichen Organen besonders von dem der Übergangsstation angehörenden Empfangsausschuß das erste „Witummen“ geboten. Dann werden die Heimkehrer dem meist in nächster Nähe gelegenen Durchgangslager angeliefert. Nach ihrer Ankunft ihnen neben der Lagerbedürfnisse der Durchgangslager angelegte Empfangsausschuß den richtigen Empfang. Ein drei- bis vierstündiger Aufenthalt im Durchgangslager ist aus Gründen der Volkshygiene nötig. Er dient aber vor allem dem eigenen Interesse des Heimkehrers, denn die von jedem Heimkehrer erst die sofortige Entlassung aus dem Durchgangslager nicht nur im Durchgangslager, sondern auch im Heimkehrerlager. Hier wird unverzüglich allen ihnen zugehörigen Fortbewahrungsmitteln, Geld, sowie ein sofortig gleichzeitige die notwendige Freistellung der Unterlagen für die spätere Selbstausschreibung weiterer Ansprüche aus Kriegsbeschädigung usw. für die Heimkehrer in die Hände gegeben. Für die Aufgaben der Empfangsausschüsse ist ein größerer Betrag an Reichsmitteln bereitgestellt. Außerdem hebt diesen Empfangsausschüssen noch ein Betrag von je 30 Millionen Mark zur Verfügung, welcher der allgemeinen Sammlung des „Hilfswerks“ für die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen entnommen ist.

Der Heimkehrer erhält bei der Entlassung einen Entlassungspass, 50 Mark Entlassungsgeld und die Gehaltsliste für die Dauer von acht Wochen im voraus. Er erhält einen Freifahrtsschein bis zu dem Ort, woher er entlassen zu werden wünscht. Hier nimmt sich seiner die „Kriegsgefangenenkommission“, die aus dem ganzen deutschen Reich umfassend organisiert ist, von der Reichsregierung für Kriegs- und Zivilgefangene geschaffen worden ist. Jede deutsche Kriegsgefangenenheimkehrer wird von dem Leiter der Heimkehrer aus dem Durchgangslager telegraphisch in Kenntnis gesetzt. Rein Heimkehrer wird häufig rathlos auf dem Bahnhof stehen: es ist dafür gesorgt, daß er überall Rat, Auskunft und Hilfe erhält. Die Kriegsgefangenenheimkehrer bilden einen Zusammenstoß der Fürsorgeorganisationen und Interessengruppen. In ihre Hand ist die Verteilung der 150 Millionen Mark gelegt, welche die Regierung bewilligt hat, um den heimkehrenden Kriegsgefangenen durch Gewährung wirtschaftlicher Beihilfen die Wiederaufnahme einer geregelten Arbeitstätigkeit zu ermöglichen. Die Grundbedingung, nach denen die Verteilung erfolgt, sind nach dem sozialen Gesichtspunkte angelegt. Von einer allgemeinen Nachzahlung der Löhne für die Dauer der Gefangenschaft mußte abgesehen werden, da sonst die bedürftigsten unter den ehemaligen Kriegsgefangenen leer ausgehen würden, weil deren Angehörige in den meisten Fällen die Löhne bereits erhalten haben, während vermögendere Kriegsgefangene oder Beamte, die während der Gefangenschaft ihr Gehalt bezogen haben, jetzt in den Besitz der Löhne gelangen würden. Mit der Gewährung der wirtschaftlichen Beihilfen ist der Ausweg gefunden worden, um besonders denjenigen zu helfen, die sich bei ihrer Heimkehr in einer Notlage befinden. So werden die Heimkehrer über Mangel an Fürsorge-Maßnahmen wohl nicht zu klagen haben. Mit weit gedifferten Armen nimmt das Vaterland sie an.

Auch in Bezug auf die Ernährung der Heimkehrer hat sich die Regierung eine besondere Besorgnis angelegen sein lassen. Im Laufe von sechs Wochen nach seiner Rückkehr erhält jeder Kriegsgefangene eine Extrorration von Lebensmittel, die den von langjähriger Gefangenschaft geschwächten Körper wieder kräftig und arbeitsfähig machen sollen.

Den künftigen Arbeitgebern der Kriegsgefangenen ist es zur Pflicht gemacht, den Heimkehrer im Laufe von sechs Wochen nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft wieder einzustellen. Wenn aber dem Heimkehrer keine Arbeitssuchmöglichkeit nachgewiesen werden kann, so hat er ein Recht auf die Erwerbslosenunterstützung, die ihm unter Anrechnung der im Durchgangslager erhaltenen militärischen Ge-

bühren: ausbezahlt wird. Auch die Familienunterstützung wird im Laufe eines ganzen Monats nach der Rückkehr des Gefangenen weiter ausbezahlt.

Dies alles liefert den Beweis, daß die Regierung ohne Rücksicht auf die trostlose finanzielle Lage alles getan hat, um den Kriegsgefangenen die Ideen der Gefangenschaft schnell vergehnen zu machen.

Stadtdamts-Nachrichten von Sobrau.

Am 2. Oktober die Witwe Juliana Winta, geb. Glomb, 56 Jahre alt; am 3. Frau Apollonia Schymara, geb. Kucera, 50 Jahre alt; am 4. Elfrida Krotzma, 1 Jahr 7 Monate alt; am 6. der Oberpostkammer Andreas Weismann, 59 Jahre alt; am 7. die verwitwete Former Anstalts-Rachulek, geb. Kogurek, 70 Jahre alt; am 7. die Witwe Julie Schwan, geb. Konderla, 82 Jahre alt; am 10. die verw. Schahmadermeister Marie Lysa, geb. Dorba, 60 Jahre alt.

Ev. Gemeinde Sobrau OS.

Sonntag den 12. Oktober, vorm. 10 Uhr: **Polnischer Gottesdienst.**

Bekanntmachung.

Nach einer Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten zu Oppeln werden Saalkarten für Wintergerste vom 1. Oktober 1919 ab nicht mehr ausgestellt, da die Saatzeit für Wintergerste vorüber ist.

Hydul, den 30. September 1919

Der Kreisassessor

Bekanntmachung.

Nach einer Mitteilung der Provinzialsteuerstelle in Breslau wird das für den Monat der letzten 1/2 Pfund Zucker noch Ende Oktober d. J. abgeliefert werden.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Sobrau OS., den 10. Oktober 1919.

Der Magistrate. Riche.

Bekanntmachung.

Die Ablieferungen an Getreide und Gerste sind so unregelmäßig, daß es bald nicht mehr möglich sein wird, die versorgungsberechtigte Bevölkerung mit Brot und Mehl zu versorgen. Um den Zusammenbruch unserer Broterzeugung zu verhindern, müssen alle Landwirte davor wirken, daß die Ablieferungen an Brotgetreide und Gerste gesteigert werden.

Wir halten den Landwirten den Ernst der Lage vor Augen und fordern sie auf, ihre überschüssigen Brotgetreide- und Gerstevorräte umgehend abzuliefern, hierbei weisen wir darauf hin, daß die Reichsgetreidestelle für Ablieferungen bis 15. Oktober d. J. 3,75 je Zentner Druschprämie gewährt. Es liegt also im Interesse der Landwirtschaft, wenn sie sofort abliefern. Kommt es zu einem Zusammenbruch der Broterzeugung, dann muß auch die Landwirtschaft darunter ebenso leiden, wie die Städte, da sich allzuwenig die hungerigen Menschen auf Land erhalten. Zu erwägen ist ferner noch, daß es für den Landwirt besser ist, wenn er schon jetzt vor der Ernte Überschüsse abliefern. Er hat dann sein Geld in der Tasche, während in der Ernteperiode möglicherweise militärische Requisitionen erfolgen können.

Sobrau OS., den 10. Oktober 1919.

Der Magistrate. Riche.

Bekanntmachung.

Wir haben festgestellt, daß von verschiedenen Personen im Anschluß an unser elektrisches Verteilungsgeschäft elektrische Anlagen ohne unsere Genehmigung ausgestellt worden sind. Da elektrische Anlagen und Erweiterungen nur von zugelassenen Installateuren bzw. von der Installationsabteilung des Elek. Werks angefertigt werden dürfen, so sind wir gezwungen, gegen derartige wilde Installateure mit aller Schärfe vorzugehen. Auch werden solche Anlagen in Zukunft nicht mehr ausgestellt. Freyer werden wir in Kürze jedes Haus, in welchem ein elektrischer Anschluß geführt wird, Revisionen unterziehen. Wir ersuchen, dem Beamten zu jenem Hause, in welchem sich ein elektr. Anschluß befindet, Zutritt zu gestatten. Kostumenten, die den elektr. Anschluß noch nicht gemeldet und bereits nicht abgenommen, werden ersucht, dieses sofort nachzuholen. Bei denjenigen, wo bei der Revision festgestellt, daß Strom ohne Anmeldung bezw. Zahlung entnommen wird, wird Strafandrohung wegen Diebstahl eingeleitet.

Städtisches Elektrizitäts- und Wasserwerk Sobrau O.-S.

Bekanntmachung.

Die Wählerlisten zu den Wahlen der Stadtverordnetenversammlung werden in der Zeit vom 4. bis 12. Oktober zu Jedermanns Einsicht anliegen.

Indem wir den Auslegungstermin hiermit bekanntgeben, ersuchen wir dringend im Interesse aller Wahlberechtigten und mit Rücksicht auf die außerordentliche Wichtigkeit dieser Wahlen, daß von der Einsichtnahme der Listen, welche in genannter Zeit während der Dienststunden von 8—12 Uhr vormittags und von 2—5 Uhr nachmittags im Stadt-Sekretariat — Nummer 3 — öffentlich anliegen, der ausgiebigste Gebrauch gemacht wird, damit erreicht wird, daß jeder Wahlberechtigte auch wirklich in der Wählerliste verzeichnet ist und Berücksichtigung von Personen am Tage der Wahl wegen Nichtaufnahme in die Wählerliste vermieden werden. Da die Listen wegen Kürze der Zeit mit größter Beschleunigung ausgestellt werden mußten, so liegt es sehr nahe, daß Wahlberechtigte verzeihenlich nicht aufgenommen worden sind. Während der Auslegungsfrist — also vom 4. bis 12. Oktober er. — sind Einsprüche gegen die Wählerlisten schriftlich oder am Protokoll bei uns zu erheben, über welche der Magistrat in jedem Falle Entscheidung trifft.

Nach dem 12. Oktober dürfen Einsprüche nicht mehr angenommen werden.

Bemerkung wird ausdrücklich, daß aktiv wahlberechtigt (also mündig anzunehmen in die Wählerliste) alle diejenigen Personen sind, welche bis zum letzten Tage der Auslegungsfrist (d. h. bis 12. Oktober) das 20. Lebensjahr vollendet haben.

Sobrau OS., den 26. September 1919.

Der Magistrat. Riche.

Seit Oktober v. J. haben Petroleumzufuhren nach Deutschland nicht mehr stattgefunden. Die geringen Bestände waren bald aufgebraucht, jedoch konnte für den dringenden Bedarf der Behörden und der gewerblichen Verbraucher Petroleum aus Gasölbehältern der Marine in inländischen Raffinerien hergestellt werden. Diese Bestände sind ebenfalls erschöpft. Mit namhaften Petroleumzufuhren aus Ostgallen und Rumänien ist vorerst nicht zu rechnen. Es bleibt demnach allein eine Einfuhr aus Amerika übrig. Nach Aufhebung der Blockade hat sich die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft, unterstützt durch das Reichswirtschaftsministerium, bemüht, möglichst bald Petroleum einzuführen. Doch hat bis jetzt noch nicht restlose Klarheit über die Bereitstellung von Tankraum und über die Zahlungsbedingungen herbeigeführt werden können. Eine im Verhältnis zum gesamten Verbrauch kleine Menge wird zwar voraussichtlich Ende August in Amerika für Deutschland verladen werden können, doch kann schon jetzt vorausgesetzt werden, daß eine geregelte Verteilung vor Ende September nicht wird einleiten können. Da die Menge des alsbald dem Verbrauch zuzuführenden Petroleums völlig ungewiß ist, so muß vorstichshalber die im vorigen Jahre durchgeführte Verteilung des Leuchtöls durch die Kommunalverbände vorläufig noch beibehalten werden (vergleiche meinen Rundbrief vom 9. Mai 1919 LLB. 2370). Der Beginn der Verteilungsperiode und die zur Verfügung stehende Menge wird sobald als möglich mitgeteilt werden.

Der Vorratsschaden, die bei der vorhandenen Kohlenknappheit und der dadurch bedingten teilweisen Stilllegung von Gas- und Elektrizitätswerken schon eingeleitet hat, wird daher zunächst durch Carbid zu begegnen sein. Dieses wird durch die Chemikalien-Werkegesellschaft an den Handel verteilt. Kerzen sind im freien Handel zu haben. Die Einfuhr von Paraffin zur Kerzenherstellung hat sich zwar auch verzögert, doch hofft die Industrie, reichliche Mengen für den Winterbedarf herstellen zu können.

Berlin, den 8. September 1919.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Unsere Bekanntmachung vom 7. d. M. Stadtblatt Nr. 81 betreffend Verkauf von Ausgungsmehl wird dahin berichtigt, daß der Verkauf des Mehles nicht gegen die Brotmarken der I. B. Woche (6.—12. 10.), sondern gegen diejenigen der nächsten Woche (13.—19. 10. 1919) in den genannten Verkaufsstellen erfolgt. Diese Anordnung ist notwendig, weil der größte Teil des laufenden Publikums die Brotmarken der I. B. Woche bereits umgesehen hat, ferner auch Schwierigkeiten bei Verteilung des Mehles sich einstellen würden. Das Pfund Ausgungsmehl kostet 40 Pfg. Der Magistrate. Riche.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme anlässlich des Hinsehens unserer innigstgeliebten, unvergesslichen Tochter und Schwester

Barbara

sagen wir hierdurch allen, besonders der hoh. Geistlichkeit, Herrn Pfarrer Loch für die Trost Worte am Grabe, ein herzliches „Gott vergelte.“

Sohrau OS., den 9. Oktober 1919.

Julius Bartetzki und Familie.

Kath. Bürgerverein.

Sonntag den 12. Oktober 1919,
abends 7 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung
im Saale Hotel „Zur Post.“

Tages-Ordnung:
Stellungnahme zu den Stadtvorordnungen und endgültige Aufstellung der Kandidatenliste.

Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen wird um vollständiges Erscheinen ersucht.

Der Vorstand.

Kath. Gefellen-Verein.

Montag den 13. Oktober, abends 8 Uhr:
Sitzung

im Vereinslokal.

Um vollständiges Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Evang. Männer- und Junglings-Verein Sohrau.

Sonntag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr:
General-Versammlung
im Restaurant Slekiera (Broll's Gasthaus.)

Tages-Ordnung:
1) Festsetzung der neuen Statuten.
2) Vorstandswahl.
3) Wichtig. Besprechungen.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Beamten- und Angestellten-Vereinigung von Sohrau und Umgegend.

Montag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Hotel „Zur Post.“

Wegen wichtiger Angelegenheit vollständiges Erscheinen dringend erwünscht.

Der Vorstand.

Sozialdemokratische Partei

Ortsgruppe Sohrau.

Sonnabend den 11. Oktober, abends 7 1/2 Uhr
findet im Restaurant Broll eine

Parteiitzung

statt. Genosse Soltich von der Kreisleitung Nybalk wird über die bevorstehenden Gemeindevahlen sprechen.

Um vollständiges Erscheinen bittet im eigenen Interesse jedes einzelnen Genossen

Der Vorstand.

Zahnersatz

Plomben, Reparaturen
Umarbeitungen.

Max Reichenberger
Dentist.

✕ Kalkmergel ✕

feingemahlen, hochprozentig zur Düngung hat vom Lager billig abzugeben

Kohlen-Niederlage
Bahnhof Sohrau O.-S.

Arbeiter, Arbeiterinnen
kauft sofort ein

Paul Szczepan,
Dampfsäge- und Hobelwerk, Sohrau OS.

Dominium Vorbriegen
hat Kartoffeln nicht mehr abzugeben, da ausverkauft.

Theater in Sohrau. Im Saale des Herrn Vinzent Broll.
Mittwoch, den 15. Oktober 1919:
Gastspiel des Münchener Residenz-Theaters.

Das Geheimnis der roten Laterne.

Sittendrama in 4 Akten von Alfred Bienengräber.

Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Personen unter 15 Jahren haben keinen Zutritt.

Preise der Plätze: Im Vorverkauf in Hunold's Papierhandlung: Sperrsitze 3.—, I. Platz 2.50, II. Platz 2.—, Stehplatz 1.25 Mk. An der Abendkasse: Sperrsitze 3.50, I. Platz 2.75, II. 2.25, Stehplatz 1.50 Mk.

Nachmittags 4 1/2 Uhr: Große Kindervorstellung

Brüderlein und Schwesterlein.

Kindermärchen in 5 Akten von Friedrich Hartmann

Etablisement!

Einem verehrl. Publikum von Sohrau und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich mich hierorts

als Herrenschneider

nieder gelassen habe. Bangfährige Tätigkeit bei erstklassigen Firmen als Schneider setzen mich in den Stand, allen Ansprüchen vollkommen gerecht zu werden und bitte ich um geneigten Zuspruch.

Sohrau D. S., den 7. Oktober 1919.

Hochachtungsvoll
Georg Klemens.

Meine Wohnung befindet sich im Hinterhause des Herrn Rudolf Maichrowitz, Nr. 103

Für ein Sohrauer Ladengeschäft wird ein

gesetztes Fräulein, welches schreiben kann, als Leiterin gesucht.

Bedingung ist polnisch sprechend und kautionsfähig. Reflektiert wird nur auf eine erste Kraft, die an selbständiges Arbeiten gewöhnt ist.

Offerten unter Angabe der bisherigen Tätigkeit und Gehaltsansprüche erbeten unter X 100 an die Exped. d. Bl.

Direkt an Private!

Echt schwarz Chevreaux- und Boxcallederstiefel:

	Kinder,	Mädchen,	Knaben,	Damen,	Herren
Größe Nr.:	92-96,	97-90,	81-85,	86-89,	88-92, 40-46.
Preis M.	27.—	38.—	48.—	60.—	66— 84—
				in braun	84— 110.—
					104.— 180.—

Hochfeine Goodyear Welt Stiefel

Peter Forster, Firmasohn.

Einem verehrl. Publikum die ergebene Anzeige, daß ich mein

Ofenbaugeschäft

in das mir gebührige Wohnhaus Dretkestraße Nr. 44 verlegt habe. Halte ein großes Lager von Kochen vorrätig, wodurch ich in den Stand gesetzt bin, allen Ansprüchen zur Aufstellung neuer moderner Ofen, als auch Umsetzungen und Ausbesserungen von Ofen in gewissenhafter Weise nachzukommen.

Max Smusch.

Rauchtabak

nur reiner, in großen Posten gleich lieferbar.

Amerik. Kentucky-Prekatabak,
kräftig, Blattlänge 30-50 cm., Pfd. 30 M.

Pfeifentabak
Holländer Grobchnitt, kräftig, Pfd. 28 M.

Chagtabak
gelb Zwischschnitt für Zigaretten, Pfd. 42 M.,
dunkel Zwischschnitt für Zigaretten 40 M.

Amerik. Rautabak
Platte 7 Felder, Platte 40 M.,
jeder Posten sofort lieferbar.

F. Dylla,
Tabakverhandl.,
Södlitz, Wielandstr. 17.

Kleiner gebrauchter Küchenherd
zu kaufen gesucht. Offerten u. Ang. der Größe und des Preises unter S. 500 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Eine Wohnung
— Stube und Küche — sucht für bald
J. Reimann.

Ein Billard mit Zubehör, ein Satz echte Eisenbeinbälle, ein Schaufenstergestell mit Glasplatten, eine große Martise, mehrere hundert Wein-, Cognac- und Likörflaschen, Korbfächer, Zäffer und Kisten, eine Bierapparatreinigungspumpe, zwei Kronleuchter, drei Lampen mit Glaszapfen, elektr. Lichtleitungen, Drähte und Rohr, zwei Marmorplatten mit Nickelkonsolen und Messingstangen, 1 Glücksrad usw. verkauft

J. Reimann.

Verloren eine Wagenkette

auf dem Wege von der Berliner Chaussee bis in meinen Hof. Der Finder wird gebeten, dieselbe gegen Belohnung bei mir abzugeben.

N. Hilla

Fässer zum Krauteinlegen
hat abzugeben

Salo Zweig,
Groß Dekkulation, Sohrau OS.

Ga. 22 Morgen Acker

zu beiden Seiten der Boranowitzer Chaussee gelegen, beabsichtige ich zu verkaufen.

Julius Gornik.

Feuer-Versicherungs-
Gesellschaft sucht geeigneten Herrn zur Uebernahme ihrer

Agentur

für Sohrau und Umgegend. Inkasso vorhanden. Offerten unter A. M. 100 an die Expedition der Zeitung.